Einzelnummer 200 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 2800.— und Bestellgebühr. Auswärts durch Träger angestellt M. 3100.—. Auslandsversand: monatlich M. 7100.— einschließlich Drucksachen-Porto. Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 17690—17693. Anzeigen-Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse 8, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 150.—, für auswärt. Inserent. M. 75.—. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. die mm-Zeile M. 30.—. Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 75.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 60.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 300.—, für auswärtige M. 120.—, Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 750.—, für auswärtige M. 540.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leitung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 1701. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 3600—3663

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 65 — Freitag, den 16. März 1923 — 117. Jahrgang

Die Sozialpolitik der Faschisten

(Von unserem italienischen Mitarbeiter)

O. R. Mailand, 13. März

Der Sozialistischen Partei, welche in den ersten Jahren nach dem Kriege ungeahnten Zulauf erhielt, wird von den Faschisten zum Vorwurfe gemacht, daß ihre Politik nicht nur den Interessen der Kapitalisten, sondern denen der ganzen Nation, die Arbeiterklasse mit eingerechnet, zuwiderlief. Das nationale Gefühl in den Massen sei systematisch unterdrückt, die Sanierung des Landes verhindert, die Mißstände im eigenen Staate übertrieben, alles, was im Auslande geschah, dagegen verherrlicht worden. Die russische Revolution wurde der Arbeiterschaft als leuchtendes Beispiel vor Augen geführt. Man verschwieg, daß dort der unter dem alten Regime geschaffene Nationalreichtum fast ganz zerstört wurde, ebenso wie man nicht eingestehen wollte, daß die neuen Machthaber überall da versagten, wo es hieß, die vernichteten Werte durch neue zu ersetzen.

Aber die Voraussetzungen für eine politische Umwälzung lagen doch zu ungünstig. Der Kampf sollte demnach auf sozialem Boden ausgefochten werden. Man benützte die ununterbrochenen Arbeiterunruhen dazu, um die Bewegung in das radikalste Fahrwasser zu leiten, und als infolge des Metallarbeiterstreikes die Krise den Höhepunkt erreicht hatte, sah man den Augenblick für gekommen an, um durch Besetzung der Fabriken einen der wichtigsten Punkte des revolutionären Programms, nämlich die Enteignung der Produktionsmittel, zu verwirklichen.

Wie noch in aller Erinnerung ist, war das Fiasko dieser, mit mehr Lärm als Vorbereitung inszenierten Bewegung ein vollständiges. Jetzt erst bemerkte man, daß die Arbeitskraft nicht alles bedeute; durch Ausschaltung der technischen, administrativen und direktiven Organe, durch die Unmöglichkeit der Abwicklung der erforderlichen finanziellen Operationen geriet die ganze Produktionsmaschine binnen kurzem ins Stocken.

Doch selbst diese Lektion erwies sich als ungenügend. Die ganze Politik der Sozialistischen Partei fußte auf der Annahme, daß die Neuordnung, welche das Wohl der Arbeiterschaft mit sich bringen sollte, nur auf den Trümmern der alten Wirtschaft gegründet werden könne. Streik und passive Resistenz waren nicht nur in der Industrie die Parole, sondern auch unter den Landarbeitern, die gerade in den kritischsten Perioden des Anbaus und der Ernte in den Ausstand traten. Die Hoffnung auf einen baldigen Umsturz ließ jedes Sparen illusorisch erscheinen, so daß überall eine ungeheure Verschwendungssucht einriß. Die Bewegung griff auch auf die staatlichen Betriebe, wie Post, Telegraph, Eisenbahnen, über, wo ein Streik den andern ablöste.

So weit waren die Dinge gediehen, als die faschistische Reaktion einsetzte. Festigung der Staatsidee, Erneuerung der Disziplin, Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, das waren die Schlagworte, mit denen die Massen aus ihrem verhängnisvollen Irrtum aufgerüttelt werden sollten. Der Faschismus appellierte an das Vaterlandsgefühl der italienischen Arbeiterschaft, und es wurden ihm Helfer aus den Reihen des großen Heeres der im Auslande tätigen oder tätig gewesenen italienischen Arbeiter, welche den Schutz einer starken Regierung besonders schmerzlich vermißten.

Auf dem Gebiete der Produktion predigt der Faschismus die vollständige Interessengemeinschaft zwischen allen Volksschichten, denen an der Vermehrung des Nationalreichtums in gleicher Weise gelegen sein müsse. Der Faschismus erklärte sofort, die Arbeiterschaft nicht um ihre schwer erkämpften Errungenschaften bringen zu wollen; es sei ihm im Gegenteil darum zu tun, das materielle und geistige Niveau der Massen zu heben, ihre Leistungsfähigkeit im Interesse der Allgemeinheit zu erhöhen. Um einen handgreiflichen Beweis für die Aufrichtigkeit dieser Absichten zu liefern, ließ die neue Regierung die Einführung des Achtstundentages in allen Betrieben gesetzlich verbürgen. Gegen eine Erhöhung der Arbeitslöhne ist der Faschismus nur dann, wenn es sich um eine offensichtliche Ueberwertung der Arbeitskraft handelt, die den Betrieb unrentabel gestalten und sonach durch zu teuere Preise zu einer Konsumverminderung führen würde, die ihrerseits eine Herabsetzung der Produktion und dementsprechende Verschlechterung des Arbeitsmarktes zur Folge haben müßte.

Aus diesem circulus vitiosus will der Faschismus die Arbeiterschaft befreien. Sein Bemühen ist es, die Unzweckmäßigkeit solcher Lohnkämpfe darzulegen, die im besten Falle die materielle Lage einer verhältnismäßig kleinen Volksschicht, aber auch nur vorübergehend, verbessern könnten.

Ist dieser Teil des sozialen Programmes, der sich auf die Hebung der Produktion bezieht, so allgemein einleuchtend, daß hier dem Faschismus selbst aus gegnerischem Lager vielfach die Zustimmung nicht versagt werden konnte, so beginnt die Schwierigkeit vielmehr erst dort, wo es sich um das Problem der Güterverteilung handelt. Diese nach gerechteren Grundsätzen durchzuführen und den Auswüchsen des kapitalistischen Systems zu steuern, das wurde den Arbeitern aus dem Munde des Faschistenführers selbst wiederholt versprochen: Nur so ist die im steten Wachsen begriffene syndikalistische Arbeiterbewegung im Rahmen des faschistischen Programmes zu erklären. Dieses Versprechen könnte einmal jenen Kreisen gefährlich werden, die in Verkennung seiner weitgesteckten Ziele dem Faschismus nur deshalb ihre Unterstützung liehen, weil sie in ihm eine kapitalistische Schutztruppe erblickten.

Dem Faschismus steht also noch eine schwere Probe bevor, der er allerdings erst zu einem noch in die Ferne gerückten Zeitpunkte ausgesetzt sein wird. Vorläufig kann er unbehindert sein auf Steigerung der Produktion gerichtetes Programm ausführen. Daneben will er aber die moralische und geistige Erhebung des Proletariats fördern, die von der italienischen sozialistischen Partei grob vernachlässigt wurde. Der Proletarisierung der intellektuellen Aristokratie gedenkt er die Aristokratisierung des Proletariats gegenüberzustellen. Der Kampf gegen den Analphabetismus soll mit den schärfsten Waffen geführt, allerorten Volkshochschulen und Arbeiterbildungsinstitute, Fachschulen zur Vermittlung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse sowie zur Anleitung zu rationaler Arbeit gegründet werden. Der Faschismus will dem Ausbau öffentlicher Wohlfahrtseinrichtungen sein besonderes Augenmerk zuwenden und insbesondere auf dem Gebiete des Versicherungswesens gewaltige Reformarbeit leisten.

Von einem genau präzisierten sozialen Programm der faschistischen Partei kann derzeit noch nicht die Rede sein. Es ist dem Faschismus auch nicht darum zu tun, nach einem festen Schema vorzugehen. So wie die Bewegung als solche in unaufhörlicher Fortentwicklung begriffen ist, so will sich der Faschismus auch den sozialen Problemen gegenüber nicht festlegen. Im übrigen hat es den Anschein, daß er sich mit der Verwirklichung des sozialen Programmes nicht zu beeilen braucht. Man wird sich darüber nicht wundern, wenn man hört, daß laut Aeußerungen seiner führenden Männer die politische Herrschaft des Faschismus auf Jahrzehnte hinaus gesichert sein soll.

Verhandlungs-Gerüchte

Ein angeblicher Londoner Schritt bei der Reichsregierung — Verhandlungen noch vor Ostern?

Paris, 15. März.

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

In politischen Kreisen erhält sich die Behauptung, daß in dem gestrigen englischen Ministerrat beschlossen worden sei, einen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen und sie zu befragen, ob sie Vorschläge der Vereinigten Staaten, Englands oder anderer Staaten, die bisher in der Ruhrangelegenheit neutral geblieben sind, entgegennehmen würde. Es soll vorgeschlagen werden, eine Wirtschaftskonferenz zur Regelung der Reparationen anzusetzen. Auch der Exzelsior läßt sich aus London melden, daß man dort einen Schritt Deutschlands erwarte. Das Blatt behauptet, daß Deutschland bei der Schweiz und der Tschechoslowakei entsprechende Anregungen gemacht habe. In Paris bespricht man auch viel eine Auslassung des New York Herald, wonach eine amerikanische Persönlichkeit, die mit der Reparationskommission in Verbindung stehe (vermutlich Boyden), dem Vertreter des New York Herald versichert haben soll, die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland würden noch vor Ostern beginnen. Dieselbe Persönlichkeit erklärte, Staatssekretär Hughes habe nach der Veröffentlichung der Brüsseler Beschlüsse die amerikanischen offiziellen Kreise in Paris gefragt, ob Frankreich geneigt wäre, ein neues Angebot von Deutschland anzunehmen. Hughes habe die Antwort erhalten, daß die Tür für alle Verhandlungen offenstehe unter der Voraussetzung, daß die Anträge nicht von dritter Seite kämen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler

Berlin, 15. März.

Reichskanzler Dr. Cuno hat heute nachmittag die Führer der Parteien zu einer Aussprache über die politische Lage empfangen.

Ein neuer Reparationsvorschlag

Paris, 15. März.

In einer Unterredung, die das Pariser Journal mit George Barnich, dem Direktor des Solvay-Institutes in Brüssel, hatte, entwickelte dieser bekannte Wirtschaftssachverständige, der wiederholt vom Völkerbund, von der Reparationskommission und den alliierten Regierungen zu Rate gezogen worden ist, ein neues Reparationsprogramm: Danach soll gemeinsam mit Deutschland ein Zahlungsplan auf fünf Jahre festgesetzt werden, für den Deutschland Kontrollmaßnahmen zulassen und Bürgschaften geben muß. Die Organe, die mit der Durchführung des Zahlungsplanes betraut werden, sollen auch Vollzugsgewalt erhalten. Deutschland soll fünf Jahre hindurch 3 Milliarden Goldmark jährlich bezahlen, davon zur Hälfte in Sachlieferungen, zur anderen Hälfte in Anleihen, die mit 8 Prozent zu verzinsen und in 50 Jahren zu tilgen sind. Binnen fünf Jahren würde Deutschland so 15 Milliarden Goldmark abtragen. Dann könnte man die Zahlungsfähigkeit Deutschlands neu prüfen. Deutschland hätte dann nur noch 35 Milliarden zu zahlen und würde selbst daran interessiert sein, sie so schnell wie möglich zu tilgen. Die Bürgschaften, die Barnich vorschlägt, greifen auf den letzten Plan Briands und Loucheurs vom 5. Mai 1921 zurück: Ablieferung von 30 Prozent der deutschen mobilen Werte, der Wertpapiere und vielleicht auch von Hypotheken.

Weiter sagte Barnich, der Völkerbund müßte die Kontrolle im Namen der Alliierten ausüben und für die Anleihen an Deutschland bürgen. Sobald alle diese Punkte geregelt seien und der Völkerbund versichere, daß Deutschland zahlen werde, könnte man das Ruhrgebiet räumen.

Dreimal soviel Militär wie Arbeiter

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Essen, 15. März

Die Fortschaffung von Kohle und Koks auf Zeche Westerholt wurde auch heute weiter fortgesetzt. Die Franzosen haben sich diese Zeche ausgesucht, weil sie an der Nordstrecke liegt und durch ein Anschlußgleis mit dieser verbunden werden kann, so daß die beladenen Wagen direkt nach Westen abgeschoben werden können. Die Arbeiterschaft ist von den Franzosen vermehrt worden. Es dürften jetzt etwa 120—130 Personen tätig sein. Es ist bisher nicht möglich gewesen festzustellen, woher die Arbeiter kommen, da sowohl die Arbeitsstätte als auch die Quartiere der Arbeiter durch einen dichten Militärkordon streng abgesperrt sind. Für die Absperrungsmaßnahmen sind mindestens dreimal soviel Militär wie Arbeiter vorhanden. Die Zechen Westerholt und Scholwin, sowie eine dritte staatliche Zeche hatten einen 24stündigen Proteststreik verkündet. Nach dessen Beendigung ist aber die Arbeit wieder aufgenommen worden. Den Franzosen ist es namentlich um die dort lagernden großen Koksmassen zu tun. Es besteht die Absicht, daß, falls die Franzosen noch länger auf der Zeche bleiben, die Kokereianlagen von den deutschen Arbeitern verlassen werden, so daß die Kokogewinnung bald stilliegen dürfte. Gegenwärtig wird aber auf allen Zechen noch gearbeitet.

Polen

und die französisch-russische Annäherung

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Die Ungewißheit der Zukunft Rußlands, die die Politik ganz Europas belastet, wird in Polen besonders lebhaft empfunden. Polen ist der größte der europäischen Nachbarstaaten Rußlands, hat von allen die längste Grenze mit Rußland gemeinsam und den größten Teil ehemals russischen Gebietes in Besitz genommen. Aus alledem folgt, daß die freundliche oder feindliche Einstellung Rußlands gegenüber Polen für dieses von besonderer Bedeutung ist, und im inneren Parteileben Polens spielt die Orientierung gegen Rußland eine hervorragende Rolle.

Verwickelt wird das russische Problem für Polen aber dadurch, daß die zukünftige außenpolitische Orientierung Rußlands gegenüber den europäischen Großmächten sich nicht voraussehen läßt. Hier bestehen in erster Linie zwei Möglichkeiten, die aber beide für Polen wenig erfreulich sind. Rußland könnte in ein engeres Verhältnis zu Deutschland treten; das bringt für Polen die Gefahr einer übermächtigen Einkreisung. Oder Rußland könne das alte Bündnisverhältnis zu Frankreich wieder aufnehmen, dadurch aber würde Polen an Wert für seinen jetzigen Bundesgenossen Frankreich verlieren oder überhaupt gänzlich aus den französisch-russischen Beziehungen ausgeschaltet werden.

Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, daß man in Polen alle Schwankungen der äußeren Politik Rußlands achtsam verfolgt, und daß sich jedesmal eine typische Nervosität zeigt, wenn von einer französisch-russischen Annäherung die Rede ist. Hierüber hat sich die französische Presse in den letzten Wochen sehr viel befaßt, und diese Pressediskussion hat in den polnischen Zeitungen einen lebhaften Widerhall gefunden.

Das natürliche Empfinden, mit dem man in Polen französisch-russische Annäherungsversuche begleitet, ist das der Besorgnis, und in der polnischen Presse ist dies auch deutlich zum Ausdruck gekommen. Bald hat aber die polnische Presse auf einen Wink der Regierung hin ihre Haltung verändert und sich den Anschein gegeben, als sei die Anbahnung engerer russisch-französischer Beziehungen von polnischer Seite geradezu zu begrüßen. Mit dieser allerdings nur schwach begründeten Auffassung wird in der Regel die Warnung verbunden, sich von Rußland nicht übers Ohr hauen zu lassen, wogegen Frankreich sich am besten dadurch schützen könne, daß es Polen die Vermittlung bei Verhandlungen mit Rußland übertrage. Mit besonderer Freude zählt jedoch die polnische Presse alles auf, was gegen die Wahrscheinlichkeit der französisch-russischen Annäherung spricht, und offenbar ist diese Freude noch viel größer, als die öfters geäußerte Hoffnung, Frankreich könne Rußland von einer Annäherung an Deutschland zurückhalten.

Es liegt auf der Hand, daß die französisch-russische Annäherung für Polen nur dann erträglich ist, wenn sie in der Form eines polnisch-russisch-französischen Dreibundes geschieht. Dies ist auch der Traum der polnischen Nationaldemokratie. Aber Bündnisse setzen reale Interessen voraus. Das Interesse Frankreichs, in Osteuropa einen Bundesgenossen gegen Deutschland zu haben, ist ohne weiteres klar. Auch das Interesse Polens, seine imperialistischen Eroberungen durch einen mächtigen Bundesgenossen zu decken, ist verständlich. Aber eine dauernde politische Interessengemeinschaft Polens und Rußlands läßt sich nicht konstruieren. Die Befürchtungen, mit denen Polen die politische Entwickelung Rußlands begleitet, erscheinen daher wohl begründet, und die auf offiziöse Weisung von der polnischen Presse demgegenüber zur Schau getragene Gleichgültigkeit kann hierüber nicht hinwegtäuschen.

Mißglückte Mohrenwäsche

Poincaré sucht sich zu rechtfertigen

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 15. März

Das französische Ministerium des Aeußeren veröffentlicht eine ausführliche Antwort auf die Berliner Erklärung über die deutschen Eröffnungen vom Dezember vorigen Jahres. Es wird darin zugegeben, daß der deutsche Botschafter Dr. Mayer am 9. Dezember am Quai d'Orsay den Wunsch der Reichsregierung übermittelt hat, die drei Großindustriellen Stinnes, Klöckner und Silverberg möchten in Paris empfangen werden. Die Unterredung Dr. Mayers mit Poincaré habe am 16. Dezember stattgefunden. Nach dieser Unterredung sandte die französische Regierung der deutschen Botschaft eine Note, in der sie sich bereit erklärte, alle amtlichen